

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 2

Artikel: Freiheit und Solidarität im nachkommunistischen Osteuropa
Autor: Babiuch, Jolanta
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143814>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freiheit und Solidarität im nachkommunistischen Osteuropa

Vom 7. bis 12. September 1993 hat sich der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen an einem Symposium in Prag mit den Folgen der politischen Wende in Mittel- und Osteuropa auseinandergesetzt. Besondere Beachtung fand dabei das Referat der Warschauer Soziologieprofessorin Jolanta Babiuch, aus dem wir im folgenden die beiden letzten Kapitel (leicht gekürzt und mit neuen Titeln) dokumentieren. Erzbischof Jerzy Stoba von Poznán und der Kölner Kardinal Joachim Meisner reagierten heftig auf diesen Vortrag: Dem «Mysterium Kirche» werde nicht Rechnung getragen, die Referentin sei eine «Atheistin» – was überhaupt nicht stimmt, aber zeigt, dass es ihr offenbar gelungen ist, das Versagen der Kirche gegenüber den sozialen Verwerfungen in den «nachkommunistischen» Gesellschaften aufzuzeigen. Frau Babiuch wertet es als Lektion des Kommunismus, dass Freiheit nicht ohne Markt bestehen könne, verlangt aber, dass dem Markt klare ethische Grenzen gezogen werden. Die Kirche müsse sich mit den Zweifeln und Ängsten der Menschen auseinandersetzen, statt nur auf die eigenen Interessen bedacht zu sein. Weit verbreitet sei heute die «öffentliche Vorstellung, die Kirche stehe nicht auf Seiten der Armen, sondern es gehe ihr, wie man schon vor dem Krieg meinte, um Macht und Vermögen». Das Referat kritisiert auch den kirchlichen Hang zu Feindbildern, insbesondere die Tendenz, heute «anstelle des kommunistischen Feindes einen neuen Feind namens ‹Liberalismus› zu sehen».

Red.

I. Zwischen Krise und Hoffnung

Wenn wir wissen wollen, wie *Freiheit und Solidarität* seit dem Zusammenbruch des Kommunismus genutzt worden sind, müssen wir uns auch die derzeitige Haltung zu Freiheit und Solidarität und zu den Verfahren und Institutionen vor Augen führen, die diese Wertvorstellungen im sozialen Kontext tragen.

«Unsere Demokratie funktioniert miserabel, und vielleicht haben wir bald gar keine mehr»

Lassen Sie mich sofort sagen, dass heute die Voraussetzungen für die Demokratie in Osteuropa alles andere als stabil sind. Das geht so weit, dass die gesamte Region möglicherweise nur noch zwischen zwei Übeln wählen kann: zwischen der demokratischen Ablehnung sozialer und wirtschaftlicher Reformen einerseits und der Fortset-

zung der Reformen unter einem undemokratisch-technokratischen Regime anderseits.

Die neuere Sozialforschung ergibt das Bild apathischer, inaktiver, *frustrierter Gesellschaften*, die sich grösstenteils dem politischen und wirtschaftlichen Wandel verweigern. Umfragen besagen, nur 7 Prozent der Polinnen und Polen wollten etwas mit dem öffentlichen Leben zu tun haben, wogegen 86 Prozent es vorzögen, «gut regiert» zu werden, selbst aber inaktiv zu bleiben. Überdies wisse die Mehrheit nicht, wie sie auf die demokratischen Institutionen einwirken könne. Bis zu 90 Prozent sei es nie in den Sinn gekommen, einer politischen Partei beizutreten, und nur 10 Prozent wüssten über Parteien als solche etwas Positives zu sagen.

Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass fast die Hälfte der polnischen Bevölkerung der Meinung ist, von den bestehenden Parteien vertrete keine die Interessen

des «Durchschnittsbürgers», und über zwei Dritteln glauben, dieser besitze «keinerlei Einfluss auf die Regierungsangelegenheiten»; fast ebensoviele verneinen den Wert von Wahlen als Möglichkeit einer solchen Einflussnahme.

Von allen Völkern Osteuropas stehen die Polinnen und Polen dem *Parteiensystem am kritischsten* gegenüber. Eine Umfrage des Pessel-Instituts im vergangenen Jahr in insgesamt 11 Ländern ergab, dass sich 43 Prozent mit der Einstellung der Parteienaktivität abfinden würden, weil sie hofften, damit liesse sich die Regierbarkeit des Landes verbessern. Demgegenüber vertraten diese Meinung nur 32 Prozent der Bulgaren, 25 Prozent der Ungarn, 22 Prozent der Tschechen, 19 Prozent der Russen und 11 Prozent der Slowaken.

Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass in den Jahren 1991/92 die meisten Polinnen und Polen einer spezifischen Wertehierarchie anhingen, in der die bürgerlichen Freiheiten ganz unten rangierten, während *Gleichheit und sozialer Schutz* grössten Anklang fanden – eben die Werte, die unter dem neuerdings sich abzeichnenden System am meisten gefährdet sind. Nichts deutet darauf hin, dass sich dieses Bild inzwischen geändert haben könnte.

«Unsere Demokratie funktioniert miserabel, und vielleicht haben wir bald gar keine mehr», lautete die Meinung, zu der sich über 50 Prozent der Befragten bekannten. Über 60 Prozent der polnischen Erwachsenen halten zwar die *demokratische Regierungsform* für besser als andere, aber es gibt Anzeichen, dass der Glaube an die Demokratie nicht von einer tiefen, grundsätzlichen Überzeugung getragen wird und rapide schwinden kann, wenn die unmittelbare Leistungsbilanz der Demokratie weiterhin armselig ist. Fast die Hälfte aller Befragten sagen, eine nichtdemokratische Regierung könne manchmal nützlich sein, und bis zu 44 Prozent sind der Meinung, die Form der Regierung sei für den Durchschnittsbürger belanglos.

Vor allem unter den weniger Gebildeten ist das *Gefühl eines öffentlichen Chaos* sehr ausgeprägt. Nach einer neueren Umfrage

vertreten nicht weniger als 79 Prozent die Auffassung: «Zur Zeit wissen wir nicht, auf wen wir uns verlassen können.» Unterdessen halten es 82 Prozent «sehr oft für unmöglich, überhaupt sagen zu können, ob die Entscheidungen der Behörden sinnvoll oder sinnlos sind», und weitere 72 Prozent sagen, es sei «zunehmend unmöglich, in der heutigen Welt überhaupt einen Sinn zu erkennen».

Auffallend ist nicht so sehr die Bereitschaft zu autoritären Lösungen, wie man sie in schweren Zeiten fast überall als natürliche Reaktion antreffen mag, sondern dass sich die Demokratie weithin als unbekanntes und wirres System darstellt, das Chaos und Unordnung ins öffentliche Leben bringt, und dass sie zuerst einmal die Mitarbeit der Mehrheit der Bürger gewinnen muss.

Der Markt als Mythos

Vor zwei Jahren erschienen den meisten Polinnen und Polen der Staat und seine Institutionen fremd. Nur 27 Prozent hielten die Teilnahme an Wahlen für eine Bürgerpflicht; entsprechende Prozentanteile hielten es für unnötig, Steuern zu zahlen oder in anderer Form staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen. Ob sich die Zahlen seither signifikant verändert haben, ist zu bezweifeln.

Auf die Mitte 1993 gestellte Frage, «*wessen Interessen*» die neuerdings erlassenen Gesetze vor allem dienten, nannte die grösste Gruppe von 28 Prozent die Geschäftsleute, Industriellen und «die Reichen», 25 Prozent die Regierung, die Präsidentschaft und die herrschenden Parteien, und nur 21 Prozent die polnische Gesellschaft. Eine Verbesserung der neuen Gesetze gegenüber den alten bejahten 27 Prozent, 26 Prozent hielten sie für gleichwertig und 23 Prozent für schlechter. Auf die Zusatzfrage, ob die neuen Gesetze gerechter seien, wussten 40 Prozent keine Antwort, 35 Prozent hielten sie für weniger gerecht, und nur 25 Prozent waren gegen teiliger Meinung.

Es ist festzuhalten, dass das Gefühl der

Entfremdung gegenüber dem entstehenden Rechtssystem mit einer *steigenden Verbrechensrate* Hand in Hand geht; die diesjährige Polizeistatistik weist die bislang schnellste Steigerungsrate bei jugendlichen Gewaltverbrechen auf.

Im Kampf um die Zerstörung des Kommunismus rangierten *wirtschaftliche Argumente* erst an zweiter Stelle. Doch mit dem Erlahmen des revolutionären Schwungs verstärkte sich unweigerlich ihre Rolle, und heute wird die Situation sehr weitgehend anhand wirtschaftlicher Leistungskriterien bewertet.

Lässt man die Wirtschaft die Gestalt der Demokratie bestimmen, so ist das offenkundig mit Gefahren verbunden, denn wenn die Menschen wegen der Langsamkeit der wirtschaftlichen Veränderungen unzufrieden sind, kann es durchaus geschehen, dass sie auf demokratische Regeln verzichten. Es hat aber den Anschein, als sei der Markt zu einer Art Mythos geworden, zum Geheimschlüssel, der alle Türen öffnet, zum magischen Talisman, der alle Übel zerstreut.

Der ideologische Glaube an die Allmacht des Marktes scheint in ganz Osteuropa vorzuherrschen. Gleichzeitig aber schiessen *stereotype Vorstellungen und Vorurteile* über die inhärenten Tendenzen des Marktes wie Pilze aus dem Boden. Sehr oft wird die Marktwirtschaft in den Kategorien von Kampf und Rivalität gesehen, als sicherstes Mittel für die Wahrung der Eigeninteressen ohne Rücksicht auf die grösste Gemeinschaft. Der Erzeuger müsse seinen Kunden zum Geldausgeben beschwatschen und dürfe kein Mittel der Überredung scheuen, um in ihm Gelüste und Abhängigkeit zu erzeugen. Für Solidarität sei da kein Raum. In Wirklichkeit aber erzeugt der Markt mit seinen kurzlebigen und oberflächlichen Transaktionen lediglich episodische Beziehungen.

Heisst die Lektion aus dem Kommunismus, dass *Freiheit nicht ohne Markt* bestehen kann, so gilt doch ebenso, dass man den *Markt nicht mit Freiheit gleichsetzen* darf. Freiheit als ethische Kategorie braucht der Markt überhaupt nicht.

Wie sich die Dinge heute darstellen, könnte man argumentieren, das soziale Leben werde von den Marktmechanismen beherrscht und diese hätten die Kultur als Schwerpunkt der sozialen Integration verdrängt. Dennoch erscheint es zunehmend fraglich, ob sich die marktorientierte Zivilisation wirklich als *universelles Modell* durchsetzen wird. Zum einen nehmen die wohlhabenden und superreichen Länder einen mehr und mehr kosmopolitischen Charakter an, zum andern aber breitet sich auch die Massenemigration der Heimatlosen als internationale Subkultur der Armut aus. Soziologen sprechen deshalb von der Kumulierung von Luxus und Elend zugleich.

Die Mehrheit der Menschen im heutigen Osteuropa ist zu arm, als dass sie die marktverursachte Freiheit überhaupt nutzen könnten. Die meisten besitzen weder das Wissen, noch die Fähigkeit, noch das Kapital, um sich die wirtschaftlichen Chancen – jedenfalls in der aktuellen, sehr langwierigen Anfangsphase – zunutze machen zu können. Warum also sollten sie sich zur Marktwirtschaft entschliessen, wenn sie nichts anderes zu erbringen scheint als *Armut und Unsicherheit*, wozu sich noch die völlig neuartige Erkenntnis gesellt, wie weit man selbst vom Luxusleben einer winzigen, oft *korrumptierten Elite* entfernt ist?

Fast die Hälfte der Bevölkerung unter dem Existenzminimum

In diesem Jahr muss fast die Hälfte der polnischen Bevölkerung mit weniger als dem amtlichen Existenzminimum von rund 80 US-Dollar im Monat auskommen. Im vorigen Jahr galt das für 39 Prozent, 1991 für 25 Prozent, 1990 für 20 Prozent und unter dem Kommunismus in den achtziger Jahren nur für ganz wenige Prozent. Kurzum, Jahr für Jahr nimmt die relative Armutsrage um rund 10 Prozent zu. Fast die Hälfte aller Haushalte wendet ihr Einkommen ausschliesslich für Nahrung zum barem physischen Überleben auf, viele Familien bleiben die Miete und Rechnung schul-

dig, um sich wenigstens etwas zu essen kaufen zu können, und jede fünfte Familie gesteht ein, sich sogar dafür Geld borgen zu müssen.

In einigen Schichten hatte dies unausweichlich eine *negative Haltung gegenüber den wirtschaftlichen Reformen* zur Folge. Nach einer Frühjahrsumfrage waren fast drei Viertel der Befragten zum Verzicht auf die freie Preisgestaltung (einer Grundregel der Marktwirtschaft) bereit, und 46 Prozent waren gegen die Privatisierung eines Grossteils der polnischen Industrie. Nach einer anderen Umfrage glaubten 35 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an eine Verschlechterung der Wirtschaftsaussichten; nur 18 Prozent erwarteten eine Verbesserung. Desgleichen rechneten 35 Prozent mit einer Verschlechterung ihrer materiellen Lage, nur 17 Prozent mit irgendeiner Verbesserung.

Gleichzeitig herrscht weitgehend die Meinung vor, wenn die *sittlichen Werte* und der Sinn fürs *Gemeinwohl* nicht aufrechterhalten würden und sich die Gesellschaft nicht Aufgaben zuwende, die über das blosse Eigeninteresse hinausreichten, werde die Wirtschaftstätigkeit ihren Schwung verlieren. Kurzum: Die Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten des Marktes lassen sich durch soziales Verantwortungsgefühl noch eindämmen. Die «freie Produktwahl» des Verbrauchers muss nicht unbedingt bedeuten, dass er sich von den Launen der Werbung gängeln lässt. Auch das Gewinnstreben braucht nicht unbedingt die Form eiskalter Eigennutz-Berechnung anzunehmen.

Dennoch bleibt die Grundfrage, wie Freiheit am besten so definiert und gewahrt werden kann, dass sie den einzelnen motiviert und der Sinn für *Solidarität* erhalten bleibt. Natürlich bedarf es staatlicher Institutionen, die diesem Ziel dienen. Wahre Solidarität muss aber auch auf dem Einzelgewissen aufbauen; sie lässt sich nicht an den Staat delegieren oder ausschliesslich in die Zuständigkeit der durch Steuern gestützten Institutionen verweisen. Solidarität beruht vielmehr darauf, dass dem Markt klare ethische Grenzen gezogen und

die richtigen Einstellungen ausgemacht werden, die dafür sorgen, dass wirksame und produktive kapitalistische Methoden mit humanen, moralischen Zielsetzungen im Einklang stehen. Zumindest in diesem Bereich hat die Soziallehre der Kirche stets eine wichtige Rolle zu spielen.

Neue Grenzen in Europa

Mittlerweile scheinen sich in Europa neue Grenzen aufzutürmen, die weniger politischer als wirtschaftlicher Natur sind: eine aus *egoistischen, isolationistischen Motiven* entstehende Mauer, die die Wirtschaftsinteressen des Westens vor dem als endemisch empfundenen Chaos und der Unordnung im Osten schützen soll. So jedenfalls wird es weithin in Osteuropa gesehen. Nicht weniger als 72 Prozent der Polen sind mit der «EG-Assozierung» ihres Landes einverstanden, und 62 Prozent sind der Meinung, der spätere EG-Beitritt werde sich als vorteilhaft erweisen. Aber wenn auch blosse 10 Prozent glauben, dass ihr Land dabei schlecht wegkäme, sind doch 41 Prozent der Überzeugung, die derzeit laufenden Kontakte brächten den Zwölf mehr Vorteile als Polen.

In den Augen des Ostens stellt sich *Westeuropa* so dar, dass ihm alles widerstrebt, was seinen reichen Status gefährden könnte, und als wolle es sich – nicht zuletzt durch harte Einwanderungsgesetze – gegen die Konflikte und Härten in Osteuropa abschirmen. Als fürchte es, grosszügigere Solidaritätsgesten könnten zu Komplikationen führen, die den steigenden Wohlstand gefährdeten, der ja nun Stabilität und Demokratie sichere. Im Gegensatz zum Osten fehlt es im Westen an radikaler sozialer Dynamik. Das mag ein positives Merkmal sein, weil es die Stabilität fördert. Es kann aber auch zu der These verleiten, der Schaden und die Ungerechtigkeiten, unter denen die anderen leiden, sei und bleibe nun mal auf Dauer der «Normalzustand», womit praktisches und konstruktives Einfühlungsvermögen weitgehend auf der Strecke bleibt.

Der Westen ist ganz und gar nicht berechtigt, sich in seinen Beziehungen mit Osteuropa *moralisch überlegen* zu fühlen. Es war, weiss Gott, ein Glücksfall, dass ihm die Verbrechen und Missstände der früheren Jahrzehnte erspart geblieben sind. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gefahr der Missachtung der Menschenrechte unter bestimmten Umständen überall droht.

Dem wäre hinzuzufügen, dass auch in der *Kirche* – dem ältesten und grössten Garanten übernationaler Einheit und Gleichheit in Europa – die im Westen so häufig anzutreffende Haltung unverdienter Überlegenheit gegenüber dem Osten keinesfalls angebracht ist. Leider scheint aber auch die Kirche gegen die vorherrschende Stimmung alles andere als gefeit.

Stärkung kleiner Gemeinschaften

Die neuere Sozialforschung lässt den Schluss zu, die «Übergangszeit» in Polen und anderen osteuropäischen Ländern habe das *Ende der Solidarität grosser Gruppen* – Staaten, ethnische Minderheiten und soziale Bewegungen – eingeläutet. Es ist heute viel weniger üblich, in Kategorien einer weitergespannten Gemeinschaft zu denken oder der Pflicht gegenüber anderen bei der Verteidigung des Gemeinwohls das Wort zu reden. Solche Begriffe waren zweifelsohne sehr wichtig, als sie den Widerstand gegen die kommunistische Unterdrückung anfeuern halfen. Jetzt aber sind sie zu abstrakt geworden und behindern den Wandel.

An ihrer Stelle hat sich der Akzent auf die Stärkung der *Mikro-Interessen* verlagert. Auf niedrigerer Ebene des Gemeinschaftslebens schälen sich neue Autoritätsformen heraus – in Subkulturen, Gruppen und Verbänden, wo ein wirkliches Gefühl für Solidarität und Gemeinwohl noch in reichem Masse anzutreffen ist.

Dieser Trend ist ein deutliches *Hoffnungszeichen* im jetzigen Osteuropa. Man kann nämlich durchaus argumentieren, örtliche Selbstverwaltungsgruppen, die sich auf bestehende soziale Bindungen und

mehr kulturelle Integration stützen, seien besser geeignet, bürgerliche Werte zu schaffen und zu erhalten, als irgendeine hochtönende, aber nebelhafte Identifizierung mit der Nation und ihren Institutionen. Dass einige Soziologinnen und Soziologen schon von der Krise des Nationalstaats sprechen, mag mit Blick auf die offenkundige Wiedererstarkung der nationalen Identität im Unabhängigkeitsstreben als paradox erscheinen. Aber während im Westen eine generell ununterbrochene Entwicklung der Selbstbestimmungs- und Demokratie-Methoden dazu geführt hat, dass die nationale Identität rationaler geworden ist, haben die Staaten des Ostens fast während der ganzen letzten 200 Jahre unter staatlichen Institutionen gelebt, die zum Grossteil als feindselige Fremdherrschaft empfunden wurden. Da überrascht es nicht, dass sich die nationale Identität eher emotional und irrational entwickelt hat.

Vielleicht beruhen gewisse derzeitige Krisen, die im Ausland oberflächlich als nationalistisch abgetan werden, in Wahrheit viel stärker auf dem *Schutz der örtlichen Gemeinschaften* als auf einer grossen Welle des Nationalstolzes und übertriebener Selbstachtung. Bei gewalttamen Auseinandersetzungen spielen die nationalen Spaltungen natürlich eine grosse Rolle. Aber sie erklären längst nicht alles.

Soziologinnen und Soziologen heben vielmehr die zunehmende Bedeutung kleiner *Bürgerinitiativen* zur Bewältigung sozialer Nöte hervor, von örtlicher Selbsthilfe und ökologischen Gruppen bis hin zu kulturellen und familiären Zusammenschlüssen. Die offensbare Bereitschaft des Staates zur Partnerschaft mag paradox anmuten, neigt man doch generell zu der Auffassung, die Betonung partikularistischer Interessen gefährde die Durchsetzung der Reformen. Bei Vorliegen verlässlicher Integrationsmechanismen können jedoch kontrastierende Interessen die grundlegende *Raison d'être* des Staates werden – ein Prinzip der Einheit ohne Uniformität, zu dem sich die meisten Bürger gerne bekennen.

Die polnische Soziologin Aldona Jawlowska gelangt zu dem Schluss, der

Zusammenbruch des Kommunismus habe neue kulturelle Spaltungen hervorgebracht. Noch zeichne sich, so Jawlowska, in der polnischen Gesellschaft kein neues «Wertesystem» ab. Es sei aber auch verfehlt, von einem «axiologischen Vakuum» zu sprechen. Vielmehr habe sich eine Verlagerung auf ein *System von Lokalordnungen* vollzogen, die sich nach ethnischer Zugehörigkeit, sozialem Zusammenhalt, wirtschaftlichem Entwicklungsstand und anderen Faktoren differenzierten.

In den meisten Ländern des nachkommunistischen Europa habe dies auch die Reaktivierung kultureller Minderheiten bedeutet. Jawlowska sieht indes auch neue, von ihrer Lokalität sowie von einem neuen Selbstbewusstsein geprägte «*Ethos-Gruppen*» entstehen und neue Ausdrucksmöglichkeiten des kreativen Gruppenstrebens und der Gemeinschaftsbande sich abzeichnen.

Die «Übergangszeit» hat ihre Eigen-dynamik entwickelt, die auf der Ebene kleiner Gemeinschaften am deutlichsten hervortritt. Diese Gemeinschaften vermögen zudem eine gesunde und solide *Identitätsform* zu bieten. Es gibt keinen Grund, warum dies nicht mit einer Demokratie vereinbar sein soll, die es Minderheiten und nationalen Gemeinschaften erlaubt, gleichberechtigt um zentrale Ressourcen zu konkurrieren.

Verschiedene Konzeptionen von Freiheit

Die seit 1989 gewonnenen Freiheitsformen sind ganz und gar nicht auf einhellige Zustimmung gestossen. Sie haben auch *Lebens- und Arbeitsängste* hervorgerufen, verbunden mit Frustrationsgefühlen wegen der schnellen Bereicherung einiger weniger im Gegensatz zur Armut und Unsicherheit der vielen. Freiheit im üblichen freiheitlich-demokratischen Sinne bringt nicht zwangsläufig Wohlstand und Zufriedenheit mit sich. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt aber auch, wie weit Definition und Verständnis von Freiheit – und auch die Motivation der Menschen, die na-

mens der Freiheit zu handeln vorgeben – auseinanderklaffen können. Gemeint sein kann die zivile und politische Freiheit der Bürgerin und des Bürgers im Staate, die wirtschaftliche und soziale Freiheit von Armut und Ausbeutung, ja die Freiheit der Christin und des Christen in der Kirche oder die Freiheit des Zugangs zur Quelle der Wahrheit. Die Geschichte lehrt, dass Revolutionen und radikale Umwälzungen zumeist im Namen einer ganz bestimmten Freiheitskonzeption begonnen wurden. Es kann durchaus sein, dass wir heute um Freiheit im Vollsinne zu ringen meinen, in Wirklichkeit aber lediglich eine *einige Facette der Freiheit* zu etablieren suchen.

Die Lektion des Kommunismus muss lauten, dass sämtliche vorgetragenen Freiheitsdefinitionen ausnahmslos Achtung verdienen, denn sie alle beinhalten einen gewissen Eigenwert. Es wäre kognitiv falsch, den Sturz des Kommunismus mit dem *Triumph des Kapitalismus* gleichzusetzen. Und es wäre gefährlich, uns von einem durch nichts gerechtfertigten Sicherheitsgefühl einlullen zu lassen. Ange-sichts vorherrschender Armut und Labilität, Desorientierung und Frustration in Osteuropa bei gleichzeitiger Rezession im Westen ist die Drohung von Chaos und Zusammenbruch auf dem ganzen Kontinent immer noch akut.

Nach der Zerschlagung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg war die Suche nach einer neuen Definition für «*rechts*» dringend notwendig, und diese Definition wurde schliesslich im Konzept der christlichen Demokratie gefunden. In gleicher Weise ist es nach der Besiegung des Kommunismus notwendig, eine neue Definition für «*links*» zu finden, die so überzeugend ist, dass das sehr benötigte politische Gleichgewicht entstehen kann.

Sie steht indes noch aus. Unterdessen versuchen wir weiterhin, das wahre Ethos des Widerstandes in der Vergangenheit zu verstehen: Was war es denn, wofür wir gekämpft haben? Was bedeutet dieser Kampf für die Zukunft? Was können und sollen Freiheit und Solidarität für uns heute heissen?

II. Die Rolle der Kirche

In dem Masse, wie das Vertrauen auf einen schnellen Erfolg der «Übergangszeit» Osteuropas schwindet, gewinnt die Rolle der Kirche als *stabilisierendes Kontinuitätselement* an Gewicht. Und doch befinden sich viele, die unter der kommunistischen Herrschaft zur Kirche stiessen, jetzt wieder auf dem Auszug. Zum grössten Teil nicht etwa, weil ihr christlicher Glaube schwächer geworden wäre, sondern weil ihr Verständnis dieses Glaubens, seiner praktischen Pflichten und Implikationen, sie von der Kirche trennt. Viele glauben, die Kirche habe sich unter den neuen Bedingungen zum Schlechteren «verändert», sie suche jetzt vorrangig nur noch ihre Rechte und Privilegien zu wahren und biete nicht mehr den Geborgenheitsraum für religiöse Empfindsamkeit und Spiritualität. Dabei ist zu bedenken, dass von Gleichgültigkeit gegenüber der Kirche kaum oder gar keine Rede sein kann.

Die Kirche sollte heute auf dem *Fundament der Stärke und Weisheit* aufbauen, das in den Jahren der Prüfung gelegt worden ist. Sie kann und darf nicht zu den Bedingungen der vorkommunistischen Zeit zurückkehren, die Fehler der Vergangenheit wiederholen und die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in den Wind schreiben. Genau so aber wird die Kirche heute weithin gesehen. Betrachten wir einige Gefahren, die davon herrühren.

Die erste Gefahr: defätistisches Vertrauen auf institutionelle Positionen

Die erste Gefahr ist, dass man glaubt, die Kirche beschäftige sich vor allem mit ihrer strukturellen Ausweitung anstatt mit dem Kontakt zur Gesellschaft. Nun ist es gewiss verständlich und notwendig, dass die Kirche nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft ihre angeschlagene und zerfallene Infrastruktur wieder aufbaut. Dennoch wäre es ein Fehler, wenn sie sich allein auf ihre internen Angelegenheiten konzentrierte und ihre institutionelle

Position stärkte, die Zweifel und Ängste der neben und in ihr befindlichen Gesellschaft aber ignorierte.

In mehreren osteuropäischen Ländern ist der Kirche *Triumphalismus* vorgeworfen worden. Und doch: Erliegt nicht die Kirche in Wahrheit eher einer Art Defätismus? Wenn sie ihre Position mit gesetzlichen und institutionellen Mechanismen zu stärken sucht, tut sie es dann, weil sie so stark ist, oder tut sie es in Wirklichkeit, weil sie sich schwach fühlt?

Schwäche und Desorientierung haben sich breit gemacht, weil die Kirche die Initiative verloren hat. Sie fühlt sich isoliert und unter Druck und vermittelt daher den Anschein, sie habe zu den vielen schweren und neuen Problemen, denen die Gesellschaft gegenübersteht – Armut und Unsicherheit, Nationalismus und Fremdenhass, Arbeitslosigkeit und Flüchtlingsfeindlichkeit – nichts zu sagen.

Wieder einmal scheint es der höheren Kirchenhierarchie, wie schon vor dem Kriege, an sozialer Empathie zu mangeln. Die ehrfürchtige Haltung der Gläubigen, die die Jahre des Kommunismus kennzeichnete, scheint sich verflüchtigt zu haben. Dafür vermittelt die Kirche den Eindruck, als wolle sie mit individueller Sensibilität nichts mehr zu tun haben und ziehe es vor, jede Diskussion ihrer sittlichen und theologischen Lehre zu diskreditieren, anstatt sie zu tolerieren. In vielen Teilen Osteuropas scheint der Kirche mehr an der Etablierung ihrer *Rolle im künftigen Staat* als an der mitfühlenden und einfallsreichen Reaktion auf die Zweifel und Nöte der Menschen gelegen.

Wenn ein Teil der Gesellschaft etwas im Bereich des Christlichen aufgibt, dann keinesfalls den christlichen Glauben, sondern lediglich die ihm derzeit zugeordnete institutionelle Form. Kritik an der Kirche ist in diesem Sinne *Kritik an der institutionellen Haltung*. Es dürfte äusserst schwer fallen, eine entsprechende Kritik am Wert der Religiosität und der christlichen Spiritualität aufzuspüren. Es ist darum ganz falsch, Kritik an der Kirche – wie man sie im Westen gleichmütig erträgt

– als gleichbedeutend mit einem Angriff auf das Christentum als solches gleichzusetzen.

Die Kirche sollte für ihren Fortbestand mehr auf Gnade und Glauben vertrauen. Wenn sie sich zu sehr um Gesetze und Strukturen sorgt, offenbart sie unversehens, dass ihr diese Zuversicht fehlt. Es deutet auch auf *mangelndes Vertrauen* auf das spezifische Wesen ihrer Verbindung zu Gott hin – ganz zu schweigen von dem mangelnden Glauben an den Menschen und die Gültigkeit seiner individuellen Optionen.

Die zweite Gefahr: die Suche nach Feinden

Die zweite Gefahr lässt sich als übereifrige Suche nach äusseren Feinden und damit verbunden als Hang zur vagen, unpräzisen Benennung dieser Feinde beschreiben. Manchmal – man vergebe mir diese Offenheit – könnte man aus dem Ton neuerer Äusserungen schliessen, die Religion werde immer noch verfolgt und unterdrückt, ja, diese Verfolgung und Unterdrückung sei unter dem Pluralismus noch schlimmer als in den schlimmsten Jahren des Stalinismus.

Die Gesellschaft wird angehalten, anstelle des kommunistischen Feindes einen neuen Feind namens «*Liberalismus*» zu sehen, zwar mit veränderten Verfolgungsmethoden, aber mit weitgehend unveränderter feindseliger Absicht. Überdies wird der «*Liberalismus*» fast beliebig verallgemeinert. Nach jetzigem Gebrauch scheint dieses Etikett allem umgehängt zu werden, was nicht plakativ christlich ist oder die Kirche – nach ihrer eigenen Auslegung – irgendwie zu bedrohen scheint.

In der Praxis gibt es in Osteuropa nichts diesem «*Liberalismus*» Vergleichbares; mit der Unterscheidung nach «*Liberalismus*» und Christentum jagt man letzten Endes einem Phantom nach. Im Grunde verrät die Etikettierung eher ein Identitätsproblem innerhalb der Kirche, als dass man damit eine konkrete, objektive Bedrohung identifizierte. Die Mythologisierung der

«liberalistischen» Bedrohung ist aber auch gefährlich, weil sie die Katholikinnen und Katholiken vor die *falsche Wahl* stellt: für die Kirche und gegen die pluralistische Demokratie oder für die pluralistische Demokratie und gegen die Kirche.

Fünfzig Jahre lang hat die Kirche die Last einer realen Aggression durchgestanden, musste ihre Mitglieder gegen sie verteidigen und dem Schweigedruck widerstehen. Die heute gegen sie gerichteten Angriffe existieren mehr in der Phantasie als in der Wirklichkeit, und der «Feind» ist weithin hausgemacht – vielleicht gar selbstgewollt.

Es wäre ein Fehler, wenn die Kirche mit einer *Abwehrhaltung*, vergleichbar der unter dem Kommunismus, reagieren würde. Desgleichen wäre es ein Fehler, wenn sie die Gläubigen lediglich durch Abschirmung vor Ausseneinflüssen zu stärken versuchte und zuliesse, dass ihr Gefühl des Bedrohtseins zur Grundlage subjektiver und willkürlicher Handlungen würde.

Insbesondere sollten wir ganz klar sagen, dass es falsch ist, mutmassliche Gegner mit undefinierten Epitheta zu bedenken. Das sollte die Kirche nicht tun, und sie sollte den Hang dazu bekämpfen. Schlagworte wie «liberale Tendenzen» und «liberale Kräfte» haben im Vokabular der Kirche keinen Platz. Sie sollte ihren Kritikern mit fairen Argumenten begegnen und sie nicht assoziativ als Schuldige brandmarken.

Vor allem aber sollte die Kirche keinen Feind benötigen, um sich als Befreierin in Szene zu setzen. Viele Jahre lang war jeder Priester aufgefordert, den Glauben hochzuhalten, authentische Werte und erhaltenswürdige Traditionen zu verteidigen. Damals war die Kirche gezwungen, Kirche des Kampfes und Widerstandes zu sein. Jetzt muss sie zur *Kirche des Vertrauens und der Aussöhnung* werden. Konzentriert sie ihre Aufmerksamkeit zu sehr auf mutmassliche Bedrohungen und Gefahren, dann leidet ihre innere Arbeit. Sie wird sich dann nämlich nicht den notwendigen Fragen über ihre eigenen Schwächen und Widersprüche stellen.

Die dritte Gefahr: Abkehr von der «Option für die Armen»

Die dritte Gefahr ist die mittlerweile verbreitete öffentliche Vorstellung, die Kirche stehe nicht mehr auf seiten der Armen, sondern es gehe ihr, wie man schon vor dem Krieg meinte, um *Macht und Vermögen*. Sicherlich sind die meisten Behauptungen über den Reichtum der Kirche bestenfalls übertrieben und verzerrt. Dennoch sind einige Aspekte des wirtschaftlichen Engagements der Kirche unglaublich grobschlächtig gehandhabt worden. Bei solchen Fragen darf man die soziale Empfindlichkeit nicht ausser acht lassen, zumal zu einer Zeit, in der sich ein Grossteil der Gesellschaft mit der eigenen, sich verschlechternden Lage herumschlägt und von der Kirche keinerlei Ratschlag oder Ermutigung erhält, wie er sich in den wirtschaftlichen Änderungen am besten zurechtfindet.

Das jetzige Modell der *Konsumgesellschaft* neigt dazu, Armut als Versagen oder inhärente Minderwertigkeit abzustempeln. Da ist eine kohärente «Option für die Armen» noch dringender geboten als je zuvor.

Hinzu kommt, dass man der Kirche allen halbherzigen Dementis zum Trotz nachsagt, sie stehe fest *auf der Seite der politischen Rechten* und leihe ihre Autorität den konservativen christdemokratischen Faktionen, manchmal sogar den aktuellen Exponenten einer verfehlten und überholten nationalistischen Tradition. Besteht nicht die Gefahr, dass zwei scheinbar «repressive» Optionen in einen Topf geworfen werden: die vorgebliche Doktrin, der einzige Weg zur Erlösung liege in der Unterordnung unter die Direktiven der Kirche, und diese Direktiven verwiesen ihrerseits auf das jetzt entstehende System von Eigentum und Privilegien?

Um es mit den Worten der klassischen anglikanischen Kinderhymne aus dem 19. Jahrhundert «All Things Bright and Beautiful», zu sagen: «Den reichen Mann im Schloss / Den Armen an der Pforte / Gott schuf sie hoch und niedrig / Und ordnet ihr'n Besitz.» Mir scheint, derlei Gefühle

passten recht gut in die osteuropäische Kirche von heute, und das ausgerechnet zu einer Zeit, da egalitäre Vorstellungen von Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Leben im Volk tief verwurzelt sind.

In der Kirche gibt es *nicht genug christliche Hoffnung* und christliches Glück. Statt dessen vernimmt man grimmige, belehrende Töne. Den meisten Priestern scheint höchst verräterisch ganz einfach der Sinn für Humor abzugehen. Manchmal hat man den Eindruck, als lasse sich die christliche Frohbotschaft gar nicht anders als in einem verschrobenen, gestrengen Jargon verkünden, der nur einer geistigen Elite, und manchmal nicht einmal ihr, verständlich ist. Das «Ansprechende», diese für den Auftrag der Kirche durch die Jahrhunderte so lebenswichtige Fähigkeit zur Massenkomunikation, scheint manchmal völlig zu fehlen, womit sich automatisch auch der Einfluss der Kirche verringert.

Man sollte auch eingestehen, dass, was unter dem Kommunismus gute Wirkung zeitigte, nicht notwendigerweise auch heute so positiv wirkt, und dass die früheren Stärken der Kirche sehr wohl zu ihren heutigen Schwächen werden können.

Ein solches Beispiel ist die Identifizierung des Christentums mit blossen Werten und Prinzipien. Diese Sicht des Christentums spielte unter dem Kommunismus eine gewichtige Rolle. In den siebziger und achtziger Jahren gab es viele Menschen, die nach ihrer Absage an den Marxismus ihrer Jugend in den ethischen Lehren des Christentums geistigen und geistlichen Halt fanden und manchmal sogar zur Annahme des christlichen Glaubens gelangten. Die jüngste Vergangenheit hat uns, kurz gesagt, an die lebenswichtige Bedeutung der Ethik erinnert. Es muss aber unablässig darauf hingewiesen werden, dass Ethik und Religion zwar viel miteinander zu tun haben, aber nicht austauschbar sind. Wenn das Christentum zu eng mit sittlichen Werten identifiziert wird, führt das letzten Endes zu einer *Form des Moralismus*, der den Raum der Begegnung zerstört, in dem zwischen unterschiedlichen Interpretationen des Ursprungs, der Anwendung und

der metaphysischen Dimension von Grundwerten ein fruchtbare Dialog stattfinden kann.

Die Notwendigkeit fester *ethischer Fundamente in allen Lebensbereichen* – Wirtschaft, Politik, Erziehung oder Bildung – wird allgemein anerkannt. Mit dieser Anerkennung ging das Bewusstwerden einher, dass sich die menschliche Freiheit in einem anthropologischen Rahmen abspielen muss. Man mag rechtliche und institutionelle Sicherungen einbauen. Aber ohne ethisches Fundament ist auf diese Freiheit nie sicherer Verlass.

Die Kirche muss eine ernsthafte Diskussion des Werteverständnisses und der Werteauslegung zulassen. Sonst kommt es zu einer *ausserkirchlichen «christlichen Haltung»* – einer Haltung, die überzeugende sittliche Eigenthesen vorzulegen vermag, aber die Autorität der Kirche bei der Definition «christlicher» Verhaltensformen verwirft.

Unsere Zivilisation leugnet die Werte, auf die sie vermeintlich gebaut wurde

Abschliessend möchte ich ein letztes Problem aufgreifen. Die Sonderversammlung der *Bischofssynode für Europa* hat Ende 1991 festgestellt, dass «der Zusammenbruch des Kommunismus zu einem kritischen Nachdenken über den ganzen kulturellen, sozialen und politischen Weg des europäischen Humanismus aufruft, soweit er durch den Atheismus, nicht nur im Blick auf das Ergebnis des Marxismus, gekennzeichnet ist».

Persönlich halte ich diese Denkweise für gefährlich, geht sie doch davon aus, verantwortlich für die heutigen Probleme der Gesellschaft sei der *Atheismus*. Wollen wir aber den Ursprung des Atheismus feststellen, dann kommen wir zu dem Schluss, dass er zumindest in Teilen aus *Schwächen der Kirche* hervorging. Bei ihren Überlegungen über den Atheismus muss die Kirche also ihre eigenen Fehlschläge und Unzulänglichkeiten eingestehen.

Vielleicht ist das Bild, das ich hier skizziere, pessimistisch überzeichnet. Mit ihm

einher geht jedenfalls Hoffnung und auch das Wissen, dass, wenn wir «Kirche» sagen, wir von einer gewaltigen, vielgestaltigen Gemeinschaft sprechen, in der die der Gegenwart zugeschriebenen Fehlschläge zumeist fast zeitlose sind und in der Zeichen von Schwäche und Unzulänglichkeit oft genug eindrucksvolle Stärken und dauerhafte Leistungen gegenüberstehen.

Doch es gibt auch Gefahren, auf die die Kirche achten und die sie empfindsam registrieren sollte. Eine der grössten Herausforderungen besteht heute ganz einfach darin, die *Weisheit und Einsicht* zu besitzen, um unter einem Nebel von Verzerrungen und Halbwahrheiten das wirklich Geschehende zu erkennen.

Das eigentliche Problem besteht nicht darin, dass neue Katastrophen am Horizont drohen; wir haben mit Katastrophen zu leben gelernt, die es seit jeher gab und immer geben wird. Viel wichtiger ist, dass wir klar erkennen, wie die letzten Katastrophen eintreten werden. Die *Krise von heute* besteht darin, dass unsere Zivilisation genau die Werte zu leugnen scheint, auf die sie vermeintlich gebaut wurde.

In dieser Situation müssen wir früher oder später die Wahl zwischen den zwei allein möglichen *Antworten* treffen. Wir müssen entweder von uns und anderen konkreteres und zielstrebigeres Handeln fordern mit dem Ziel, dass sich die Krise löst; oder wir lassen die Krise sich weiterentwickeln in einem Kampf um Reichtum und Herrschaft, in dem die Kirche bestens müssiger Zuschauer wäre und schlimmstenfalls zum Komplizen würde.

Ich meinerseits möchte gerne wissen, was aus den oben erwähnten «Antworten» geworden ist – aus den Antworten der Kirche auf den totalitären Kommunismus –, was aus ihnen geworden ist, als es ganz danach aussah, vor uns liege eine Zukunft des Friedens, der Gerechtigkeit und Freiheit, als es so aussah, als habe die Kirche endlich gelernt, nicht erneut in die alten Fehler zu verfallen, als es so aussah, als werde die Gesellschaft wahrhaft belohnt für den Kampf, dem so viele Leben und Güter zum Opfer fielen.